

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. März 1993

am Donnerstag, dem 4. März 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	2, 30	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	42
Baum, Gerhart Rudolf (F.D.P.)	39	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	19, 20
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	28, 29	Meinl, Rudolf (CDU/CSU)	23
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	44	Dr. Müller, Günther (CDU/CSU)	52
Carstensen, Peter Harry (Nordstrand) (CDU/CSU)	43	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	10, 11
Gansel, Norbert (SPD)	16, 51	Ostertag, Adolf (SPD)	3, 22
Grünbeck, Josef (F.D.P.)	38	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	50
Harries, Klaus (CDU/CSU)	34, 35	Dr. Riedl, Erich (München) (CDU/CSU)	6, 7
Jäger, Claus (CDU/CSU)	1, 40	Graf von Schönburg-Glauchau, Joachim (CDU/CSU)	25
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	21, 41	Schwanhold, Ernst (SPD)	8, 9
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	17, 18	Simm, Erika (SPD)	48, 49
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	32, 33	Steen, Antje-Marie (SPD)	26, 27
Kubatschka, Horst (SPD)	46, 47	Stiegler, Ludwig (SPD)	14, 31
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	36, 37	Wallow, Hans (SPD)	4, 5
von Larcher, Detlev (SPD)	12, 13	Werner, Herbert (Ulm) (CDU/CSU)	24
Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	15, 45		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) Ist der Bau der Mauer quer durch Berlin und der Sperranlagen quer durch Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung ein rechtswidriger Akt der SED-Diktatur gewesen oder nicht?
2. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu der Überlegung, analog zu dem Verbot nationalsozialistischer Symbole in § 86a StGB, auch die Verwendung von Symbolen der ehemaligen DDR und der SED zu verbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

3. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD) Warum konzentriert sich die Bundesregierung bei den Bemühungen um Einschränkungen des Leistungsmißbrauchs lediglich auf die Bundesanstalt für Arbeit angesichts der Information der Deutschen Steuergewerkschaft, wonach beispielsweise eine Summe von 100 bis 140 Milliarden DM pro Jahr durch Steuerhinterziehung und -umgehung verlorengeht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

4. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Welche Ergebnisse enthalten die von der Bundesregierung seit dem 1. Januar 1991 in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen (z. B. vom Zentrum Innere Führung) zur Einstellung der Bevölkerung im Hinblick auf mögliche Blauhelm- und Kampfeinsätze der Bundeswehr?
5. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Zahl der 285 180 Wehrdienstverweigerer der Jahre 1991 und 1992 im Hinblick auf die Wehrgerechtigkeit?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie
und Senioren**

- | | |
|---|---|
| 6. Abgeordneter
Dr. Erich
Riedl
(München)
(CDU/CSU) | In welche ausländische Staaten wird an Deutsche Sozialhilfe gemäß § 119 BSHG gezahlt, und welche Beträge wurden dafür in den letzten zehn Jahren aufgewendet? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Erich
Riedl
(München)
(CDU/CSU) | Gibt es Erkenntnisse über die empfangsberechtigten Personen, insbesondere über den Grund ihres Auslandsaufenthaltes und darüber, ob sie dort einer Arbeit bzw. welcher Tätigkeit nachgehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 8. Abgeordneter
Ernst
Schwanhold
(SPD) | Treffen Berichte in den Medien zu, daß die Bundesregierung das Instrument der Hermes-Exportversicherung auf die GUS-Staaten als nicht mehr wirksam und auch als bürokratische „Gängelei“ ansieht? |
| 9. Abgeordneter
Ernst
Schwanhold
(SPD) | Denkt die Bundesregierung über ein anderes Instrument nach, das die Hermes-Exportversicherung in bezug auf die GUS-Staaten ablösen soll, wenn ja, wie soll das Instrument aussehen? |
| 10. Abgeordneter
Christian
Müller
(Zittau)
(SPD) | Wie gedenkt die Bundesregierung den Export in die GUS-Staaten zu überbrücken, insbesondere in der Zeit, in der Hermes nicht mehr wirksam und das neue Instrument noch nicht eingeführt ist? |
| 11. Abgeordneter
Christian
Müller
(Zittau)
(SPD) | Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie andere Staaten den Export in die GUS-Staaten durch eine vergleichbare Einrichtung wie die Hermes-Exportversicherung fördern, falls ja, wie sieht die Absicherung der Exporte aus anderen Staaten aus? |

12. Abgeordneter
Detlev von Larcher
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Elektrizitäts-AG Mitteldeutschland auf Grund gesetzlicher und tariflicher Bestimmungen dem Betreiber eines Blockheizkraftwerkes 7,2 Pfennig je ins Netz eingespeiste Kilowattstunde bezahlt, aber 71,4 Pfennig je an den Betreiber gelieferte Kilowattstunde berechnet?
13. Abgeordneter
Detlev von Larcher
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung den Einsatz von Blockheizkraftwerken zu fördern?
14. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Beratungen über die Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe?
15. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Welche Wünsche nach weiteren Rüstungslieferungen wurden von seiten der indonesischen Regierung an die Bundesregierung gestellt, und hat die Bundesregierung konkrete Zusagen gegeben?
16. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß das westdeutsche Werftenkonsortium, das an die Bundesregierung eine Voranfrage wegen des Exports von U-Booten und Freigatten nach Taiwan gerichtet hatte, unmittelbar nach der abschlägigen Entscheidung durch den Bundessicherheitsrat die Regierung in Taiwan schriftlich gebeten hat, das Votum des Bundessicherheitsrates nicht als endgültige Ablehnung zu sehen (WELT AM SONNTAG, 7. Februar 1993), und hat die Bundesregierung den Rüstungsexporturen vertrauliche Informationen gegeben, die die Entscheidung des Bundessicherheitsrates relativieren?
17. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Vor dem Hintergrund, daß Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sich unter anderem am 18. November 1992 in Schwerin für die Erhaltung der industriellen Kerne im Osten ausgesprochen hat, frage ich die Bundesregierung, welche Maßnahmen sie seitdem zusätzlich ergriffen hat, um dies in den östlichen Bundesländern zu gewährleisten?
18. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Maßnahmen zur Erhaltung der industriellen Kerne sind für die Zukunft geplant?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

19. Abgeordneter
**Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)**
- Trifft es zu, daß im Bereich des Arbeitsamtes Bochum, zu dem auch mein Wahlkreis Herne gehört, in diesem Jahr die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 90% und die Mittel für die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen um 25% gekürzt werden?
20. Abgeordneter
**Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)**
- Wie stellt sich die Bundesregierung eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Herne angesichts der gravierenden strukturellen und konjunkturellen Probleme, insbesondere der Stahlunternehmen, des metallverarbeitenden Gewerbes, der Autoindustrie einschl. der Zulieferfirmen und des Bergbaus, einer Herner Arbeitslosenquote von zur Zeit 13,5% (9412 Arbeitslose) mit einem hohen Anteil Langzeitarbeitsloser, einem angekündigten Arbeitsplatzabbau von mehreren tausend Stellen in Herne und in der Region, der sozialen und finanziellen Folgen von Arbeitslosigkeit für die Betroffenen und die Stadt Herne, vor?
21. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Altersrenten der Jahrgänge 1932 Geborene aus den neuen Bundesländern, trotz fristgemäßer Einreichung ihrer Unterlagen von den Rentenrechnungsstellen der Landesversicherungsanstalten ab Januar 1992 erst einen vorläufigen Bescheid über die Höhe ihrer Rentenzahlungen erhalten haben und nun in der Ungewißheit leben müssen, welche Rentenhöhe ihnen endgültig zur Gestaltung des finanziellen Spielraumes zur Verfügung steht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den die Lebensqualität mindernden und Unmut erzeugenden Zustand der psychischen Befindlichkeit, der als Diskriminierung erlebt wird, abzuheben?
22. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag
(SPD)**
- In welcher Weise will die Bundesregierung die Arbeitsämter personell ausstatten, damit professionell betriebener Mißbrauch der durch die Bundesanstalt für Arbeit gewährten Leistungen (einschließlich illegale Beschäftigung) verhindert wird, und welche Summe schätzt die Bundesregierung dadurch pro Jahr netto (abzüglich der Personalkosten) einsparen zu können?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen
und Jugend**

23. Abgeordneter
**Rudolf
Meinl**
(CDU/CSU)
- In welchen Bundesländern ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Bestimmung des Artikels 5 (§ 24 Abs. 2 Nr. 1 Aches Buch Sozialgesetzbuch) des sog. Schwangeren- und Familienhilfegesetzes bereits in die Tat umgesetzt worden, wonach für jedes Kind vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt ein Platz im Kindergarten zur Verfügung steht, und in welchen Bundesländern wird dies bis Ende 1993 der Fall sein?
24. Abgeordneter
**Herbert
Werner
(Ulm)**
(CDU/CSU)
- In welchen Bundesländern ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Bestimmung des Artikels 5 (§ 24 Abs. 2 Nr. 2 Aches Buch Sozialgesetzbuch) des sog. Schwangeren- und Familienhilfegesetzes bereits verwirklicht worden, wonach das Betreuungsangebot für Kinder im Alter von unter drei Jahren und Kinder im schulpflichtigen Alter bedarfsgerecht ausgebaut wird, und in welchen Bundesländern ist die Verwirklichung bis Ende dieses Jahres zu erwarten?
25. Abgeordneter
**Joachim
Graf von
Schönburg-Glauchau**
(CDU/CSU)
- In welchen Bundesländern ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Bestimmung des Artikels 5 des sog. Schwangeren- und Familienhilfegesetzes (§ 24 Abs. 2 Nr. 3 Aches Buch Sozialgesetzbuch), wonach ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagesplätzen vorgehalten werden muß, bereits in die Tat umgesetzt worden, und in welchen Bundesländern wird dies bis Ende 1993 erreicht sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

26. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)
- Vor dem Hintergrund, daß – wie mir durch den Bund Deutscher Hebammen e. V. (BDH) bekannt wurde – das Einkommen bei Hebammen in Ostdeutschland weiterhin bei 60 % der Gebührenverordnung stagniert, und daß das ohnehin in Gesundheitsberufen bekannte Phänomen der Berufsflucht dadurch in Ostdeutschland dramatisch zunimmt, frage ich die Bundesregierung, in welchem Zeitraum mit einer Angleichung der Gebührenverordnung analog der ostdeutschen

Ärzte (72 bis 79%) zu rechnen ist, und mit welchem Nachdruck dieses von der Bundesregierung verfolgt wird, um einer drohenden Verschlechterung bei Mutterschaftsvor- und Nachsorge sowie bei Geburten entgegenzuwirken?

27. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)

Bezug nehmend auf eine Meldung des BGA, daß die Häufigkeit der Vergiftungsfälle im Kleinkindalter mit Lampenöl weiter zunehme, frage ich die Bundesregierung, inwieweit sie eine Rücknahme-Aktion für Lampenölbehälter, die bislang noch ohne kindersicheren Verschuß im Handel sind, für dringlich erachtet und veranlaßt hat, und inwieweit sie darüber hinaus Sorge trägt, daß auch bei anderen gesundheitsgefährdenden Substanzen wie z. B. Putzmittel, Waschmittel, Medikamenten, Desinfektionsmittel etc. kindersichere Verschlüsse zur Auflage gemacht sind?

28. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck**
(Uetersen)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sog. „physikalische Wasserbehandlungsgeräte“ im Haushalt, im Gewerbe und in Industriebetrieben gegen die Bildung von Kalk und Rost in Leitungen und wasserbeschickten Geräten und Aggregaten eingesetzt werden, ohne daß weder dafür für das Handwerk oder den Bauherren und schon gar nicht für den Verbraucher die dafür notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse, noch die notwendigen Normen vorliegen?

29. Abgeordnete
**Lieselott
Blunck**
(Uetersen)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß derartige physikalische Wasserbehandlungsanlagen zur Bekämpfung der Legionellen eingesetzt werden, ohne daß dafür ein Beleg für die Wirksamkeit erbracht wird, und daß gegen die Geräte eher der Verdacht besteht, daß sie durch magnetische Feldstäbe im Niederfrequenzbereich im Trinkwasser gesundheitsschädigende Einflüsse ausüben können?

30. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)

Für wie gesundheitsschädlich hält die Bundesregierung das Passiv-Rauchen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

31. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Warum weigert sich die Deutsche Bundesbahn, zusätzliche Garnituren für die Regionalschnellbahnlinie „Pendolino“ auf der Strecke Nürnberg — Weiden einzusetzen?

32. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Welche Gefahren gehen nach Kenntnis der Bundesregierung von dem Wrack der norwegischen Ölplattform „West-Gamma“ aus, und welche Initiativen gibt es, um eventuelle Gefahren für den Schiffsverkehr zu beseitigen?
33. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Wer kommt für Folgekosten der „West-Gamma“ auf, da die Reederei der Ölplattform „West-Gamma“ inzwischen aufgelöst wurde und auch der Versicherung angeblich die Beseitigung des Wracks nicht auferlegt werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

34. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Bauernverbandes, daß die zunehmenden Probleme bei der Entsorgung von Klärschlamm und Kompost durch landwirtschaftliche Verwertung dann entschärft werden könnte, wenn eine gesetzliche Gefährdungshaftung zu Lasten der Klärschlammabgeber und Komposthersteller eingeführt wird?
35. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Alleen an Landes- und Bundesstraßen in den neuen Ländern für erhaltenswert, wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung konkret, um ggf. im Einvernehmen mit den Ländern die Alleen zu erhalten?
36. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen die ehemalige Sowjetunion mindestens zwei nukleargetriebene Schiffe in der Ostsee versenkt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung von Mensch und Umwelt durch diese atomaren Wracks?
37. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der EG-Kommission in Brüssel bereits seit mehr als vier Monaten ein von der EG in Auftrag gegebenes Brandschutzgutachten der Firma „svt-Brandschutz“ zu Tschernobyl vorliegt, ohne daß dazu

bislang eine offizielle Stellungnahme erfolgt ist, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, damit sich die EG-Kommission mit den Ergebnissen dieser brandschutztechnischen Untersuchung unverzüglich und intensiv befaßt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

**38. Abgeordneter
Josef
Grünbeck
(F.D.P.)**

Aus welchen Gründen wurde seitens des Bundesministers Carl-Dieter Spranger die Verabschiedung des Entwurfs zur Novellierung der Wärmeschutzverordnung durch die Bundesregierung abgelehnt, und inwieweit berührt diese Verordnung Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung?

**39. Abgeordneter
Gerhart Rudolf
Baum
(F.D.P.)**

Trifft es zu, daß der Entwurf der Novelle der Wärmeschutzverordnung im Dezember 1992 auf Intervention des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, von der Tagesordnung des Kabinetts abgesetzt wurde, und wann wird der Entwurf vom Kabinett verabschiedet werden?

**40. Abgeordneter
Claus
Jäger
(CDU/CSU)**

Werden die Bestimmungen der Artikel 9 bis 11 des sog. Schwangeren- und Familienhilfegesetzes über die Bevorzugung schwangerer Frauen im sozialen Wohnungsbau bereits in allen Bundesländern in der Praxis angewandt, und wenn nein, in welchen Ländern gibt es noch Defizite?

**41. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich
Knaape
(SPD)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den neuen Bundesländern ab 1. März 1993 in den öffentlich geförderten Neubauwohnungen eine durchschnittliche Miete von 6 DM/qm monatlich bewilligt wurde, um die fälligen Kredite der Investitionsbanken zu bedienen und hierdurch aber Mieter, die bei den jetzigen Mieten von 2,31 DM/qm monatlich schon zu 60 % Wohngeld beziehen und jetzt die Wohnungen räumen müssen, da sie die Mieten durch ihre Einkünfte nicht aufbringen können, und welche Schritte empfiehlt die Bundesregierung zur Lösung dieses Sozialproblems, da auch Behinderte hiervon betroffen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Auswärtigen

42. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Aus welcher Formulierung in den von der Sowjetunion am 22. Juni, 17. August und 1. September 1990 vorgelegten Entwürfen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag zog die Bundesregierung den Schluß, daß Enteignungsmaßnahmen zwischen 1945 bis 1949 nicht nur legitimiert, sondern sogar unumkehrbar sein sollten?
43. Abgeordneter
Peter Harry Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung dazu geführt, in einer ersten verwaltungsinternen Stellungnahme die als eigenständig anerkannte Friesische Regionalsprache nicht für die Europäische Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen vorschlagen zu wollen, obwohl die norddeutschen Bundesländer sich in dieser Frage bisher eher offen als ablehnend gezeigt haben?
44. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung dazu geführt, in einer ersten verwaltungsinternen Stellungnahme die als eigenständig anerkannte Niederdeutsche Regionalsprache nicht für die Europäische Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen vorschlagen zu wollen, obwohl die norddeutschen Bundesländer – nach einer Meldung des Flensburger Tageblatts – sich in dieser Frage bisher eher offen als ablehnend gezeigt haben?
45. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Gibt es nach der Kanzlerreise qualitativ neue Informationen in der Frage der Behandlung der Menschenrechte in Indonesien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

46. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Auf welcher Rechtsgrundlage ist der Bundesgrenzschutz bei der Aschermittwochveranstaltung der CSU in Passau bei der Festnahme von fünf jungen Demonstranten tätig geworden, und sieht die Bundesregierung hier den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt?

47. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Bei welchen der parteipolitischen Aschermittwochveranstaltungen am 24. Februar 1993 war Bundesgrenzschutz im Einsatz?
48. Abgeordnete
Erika Simm
(SPD)
- Ist es üblich, daß Bundesgrenzschutz zum Schutz von Parteiveranstaltungen herangezogen wird (vgl. Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 25. Februar 1993, S. 3, „Abschied von den tollen Tagen“)?
49. Abgeordnete
Erika Simm
(SPD)
- Was ist gegebenenfalls die Rechtsgrundlage für derartige Einsätze?
50. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Werden in Ländern der Europäischen Gemeinschaft Anträge auf politisches Asyl von Flüchtlingen aus Bulgarien, Ghana, Indien, Rumänien und der Türkei anerkannt, und wenn ja, in welcher Größenordnung?
51. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Berliner Innensenator sich bei der Ausstellung und Aushändigung eines Reisepasses an Erich Honecker beim Bundesministerium des Innern rückversichert hat, das ihm mitgeteilt hat, daß „nach Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Justiz gegen seine Auffassung keine Einwendungen erhoben werden“ (Deutschland-Magazin 1/2 93), und warum hat die Bundesregierung auf meine Anfrage am 4. Februar 1993 zu den Umständen der schnellen Ausreise von Erich Honecker geantwortet, die Bundesregierung äußere sich nicht zu Fragen, die im Zuständigkeitsbereich eines Bundeslandes liegen?
52. Abgeordneter
Dr. Günther Müller
(CDU/CSU)
- Welche politischen Gründe veranlassen die Bundesregierung zwar die Republikaner, nicht aber die PDS durch den Verfassungsschutz überwachen zu lassen?

Bonn, den 26. Februar 1993